

Föderalismus im Fokus

Erstes „Parlamentsgespräch“ im Landtag

24. April 2018 – Experten haben auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, zum Auftakt der Veranstaltungsreihe „Parlamentsgespräch“ über das Thema „Zukunft des Föderalismus“ in Deutschland debattiert. Die Bundesländer sollten selbstbewusster auftreten und leidenschaftlich für die Vorteile des Föderalismus streiten – so die einhellige Meinung der Diskutanten.

„Der Föderalismus steht für Bürgernähe, demokratische Balance in der Parteidemokratie und das Wettbewerbselement von politischen Lösungen.“ Mit diesen Worten wandte sich der Präsident beim ersten „Parlamentsgespräch“ an die Gäste im Landtag. Dank des Föderalismus seien Deutschland und die Gesellschaft stark geworden. „Der Föderalismus – also die auf gemeinsames Handeln ausgerichtete Balance zwischen den Ländern und der Zentralgewalt – ist das wesentliche Element der deutschen Verfassungsgeschichte.“ Im Wettbewerb der Länder seien wichtige Impulse entstanden; der Föderalismus habe eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie.

Aktuell sei es allerdings nicht allzu gut bestellt um den Föderalismus in Deutschland, sagte Kuper. „Eventuell muss man erkennen, dass der Föderalismus nicht mehr en vogue ist.“ Kritisch zu bewerten sei beispielsweise der Trend, dass Aufgaben der Länder „in Richtung Zentralstaat“ verlagert worden seien. „Daher müssen wir uns fragen, wie es gelingen kann, die Idee des Föderalismus in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger und der Politik zu verankern.“

Der Journalist und Jurist Prof. Dr. Heribert Prantl kritisierte in seinem Impulsvortrag, dass die Landesparlamente in Deutschland an Kompetenzen verloren hätten. „Den Landtagen ist der Nerv schon längst gezogen“, sagte Prantl, Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen

Zeitung“. Den Ländern mangle es vor allem an Steuer- und Gesetzgebungskompetenzen, die sie dem Bund im Zuge von Föderalismusreformen überlassen hätten. Die einzige Steuer, deren Höhe die Landtage festlegen könnten, sei die Grunderwerbssteuer. Mangelnde Finanzautonomie führe zur „Austrocknung und Aushöhlung der Parlamente“. Letztlich stünden die Landesparlamente „im Schatten von Landesregierungen, deren Spitzen sich für den Machtverlust im Land durch das Mitregieren im Bund entschädigen“. Der parlamentarische Föderalismus sei daher „massiv gefährdet“.

„Wichtige Kontrollfunktion“

Bei der Podiumsdiskussion wies Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, darauf hin, dass Landesparlamente eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber Regierungen wahrnehmen und dies ein urdemokratisches Prinzip der Gewaltenteilung sei. Zur Aufgabe von Landtagsabgeordneten gehöre nicht nur die Arbeit im Parlament. Sie müssten sich auch Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie deren Unmut stellen, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Abgeordnete müssten erklären, warum Politik „bei uns manchmal so kompliziert ist“, bedingt durch unterschiedliche Ebenen von EU, Bund und Ländern. Während die Länder zahlreiche

Kompetenzen verloren hätten, sei die gesellschaftliche Debatte darüber ausgeblieben. „Niemand regt sich darüber auf“, stellte Münch fest.

Bisweilen habe er den Eindruck, die politischen Parteien wollten „aus der Bundesrepublik eine Zentralrepublik machen“, warnte Prof. Dr. Roland Sturm von der Universität Erlangen. Ergebnisse von Umfragen unter Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zeigten zudem: „Wir haben in Deutschland keine Föderalisten mehr.“ Zwar werde die Existenz von Landesparlamenten befürwortet, kaum jemand wolle ihnen aber wichtige Kompetenzen einräumen. In Zukunft müsse den Ländern jedoch wieder mehr Finanzautonomie zugestanden werden. Zudem sollten sie stärker ihre „Kommunikationsfunktion“ politisch relevanter Themen wahrnehmen, „selbst wenn sie nicht darüber entscheiden können“. In einigen Sektoren konnten die Länder wiederum Schwerpunkte setzen, das habe sich u. a. bei der Industrie- und Standortpolitik seit den 1980er-Jahren gezeigt, sagte der Politologe: „Die Länder können viel bewegen.“

Auch laut Prof. Dr. Klaus F. Gärditz von der Universität Bonn verfügen die Landtage nach wie vor über „wertvolle Hausgüter“: Der sogenannte Exekutivföderalismus in Deutschland lebe beispielsweise davon, „dass Bundesrecht in erster Linie von den Ländern vollzogen wird“. Zudem bestimmten die Länder die Richtung in der Bildungspolitik sowie im Kommunal-, Organisations- und Verfahrensrecht. Landesparlamente sollten ihre ureigenen Kompetenzen „besser vermarkten“, sagte Jurist Gärditz. Die eigene Rolle dagegen auf ein „Informationsvermittlungsbüro“ zu reduzieren, sei gefährlich, da dies zu Legitimationsproblemen führe. *tob*

Der Präsident des Landtags, André Kuper, (3.v.l.) mit Teilnehmenden des Parlamentsgesprächs: Prof. Dr. Roland Sturm, Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Klaus F. Gärditz und Prof. Dr. Heribert Prantl (v.l.). Journalistin Anne Gesthuysen (2.v.r.) hat das Gespräch moderiert. Foto: Schälte



Parlamentsgespräch

Beim neuen Debattenformat „Parlamentsgespräch“ sollen laut Landtagspräsident André Kuper gesellschaftlich relevante Themen diskutiert werden, die „nicht im Fokus der aktuellen politischen Auseinandersetzung stehen, die aber eminent wichtig für unsere Zukunft und die Zukunft unseres Zusammenlebens sind“. Das nächste Parlamentsgespräch findet am Dienstag, 12. Juni 2018, im Landtag statt. Das Thema lautet „Zwischen Fake-News und Hate-Speech – Verantwortung der (sozialen) Medien für die Demokratie?“. Es diskutieren u. a. die Journalisten Dunja Hayali und Ulrich Wickert.